

**Dringliche Interpellation der SP-Fraktion:
«Frontalangriff auf den Umweltschutz**

Wie wir der Presse entnehmen konnten, werden beim Amt für Umweltschutz massiv und weit überproportional Stellen abgebaut. Die Aussage in der Pressemitteilung erstaunt: Die Aufgaben könnten weiterhin erfüllt werden, nur sei mit längeren Wartezeiten zu rechnen. Im Juni hat eine Delegation der SP mit Herrn Regierungsrat Willi Haag und dessen Generalsekretär die Auswirkungen von weiteren Sparmassnahmen bei Bund und Kanton besprochen. Regierungsrat Haag erklärte, dass mit dem aktuellen Personalbestand die aktuellen Aufgaben noch gesetzeskonform zu Zufriedenheit wahrgenommen werden könnten, dass aber weitere Sparmassnahmen eindeutig zu einem Leistungsabbau führen würden.

Gleichzeitig mit der Bekanntgabe des Stellenabbaus war der Presse zu entnehmen, dass der Kanton St.Gallen beim Kataster für belastete Standorte mit der Aufarbeitung im interkantonalen Vergleich am weitesten zurückliegt. Die letzten Arbeiten werden gemäss Planung erst 2013 statt 2003 erledigt. Damit ist Vorzug des Umweltrechtes bereits heute nicht mehr gewährleistet.

Mit dem Abbau von 11,2 Stellen beim Amt für Umweltschutz, 2 Stellen beim Amt für Raumentwicklung sowie einer Stelle beim Rechtsdienst des BD ist der Vollzug der Umweltschutzgesetzgebung hochgradig gefährdet. Die Kontrolltätigkeit sowie das Agieren im Umweltbereich sind schlicht nicht mehr möglich.

In diesem Zusammenhang stellen wir der Regierung die folgenden Fragen:

1. Weshalb werden beim Umweltschutz massiv überproportional Stellen abgebaut (mehr als ein Viertel aller Stellen)?
2. Welche Bereiche bzw. Dienstleistungen sind konkret vom Abbau betroffen?
3. Wie gedenkt die Regierung den fristgerechten Vollzug des Umweltrechtes zu gewährleisten?
4. Wie wird die Mitwirkung des AfU in Rechtsverfahren tangiert?
5. Wie kann die bisher auch von den KMU anerkannt gute Qualität der Beratung, Betreuung und Kontrolle im betrieblichen Umweltschutz weiterhin gewährleistet werden?
6. Wie wirken sich die angekündigten Verzögerungen bei den Bewilligungsverfahren auf die Wirtschaft aus? Wie löst die Regierung den Widerspruch zur Wirtschaftsförderung und konkret zur geforderten Beschleunigung der Bewilligungsverfahren?
7. Welche Auswirkungen haben die Massnahmen auf die sehr wichtige Kontrolltätigkeit sowie die Weiterentwicklung von umweltpolitischen Anliegen?»

20. September 2004

SP-Fraktion